



# DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

**März 08**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,

leider verspätet kommt hier das März Mittenmang. Der Macher war leider etwas eingespannt in den letzten Tagen und konnte deshalb die rechtzeitig gelieferten Artikel nicht zeitgerecht verarbeiten.

Wichtigste Mitteilung: Wir sind drin! Und wir sind bei der Bezirksversammlungs Wahl zweistellig: 10,2 % im Bezirk Mitte gesamt, dabei 11,0 % im Wahlkreis 1 und 9,8 % im Wahlkreis 2. Aus unserem Bezirksverband sitzen zwei Menschen in der Bürgerschaft, nämlich Elisabeth Baum und Joachim Bischoff, beide mit einem Direktmandat aus dem jeweiligen Wahlkreis! Und wir haben eine sechsköpfige Bezirksfraktion. Mehr auf Seite 2.

Inzwischen hat die erste Bezirksmitgliederversammlung (BMV) nach der Wahl stattgefunden und ausführlich über das Wahlergebnis und den Leitantrag zum Parteitag am 9.3. diskutiert.

Leider zu kurz gekommen ist dabei die Debatte über das Verhältnis von Bezirksverband und Bezirksfraktion (Geschäftsordnung, Geschäfts-

führung, Fraktionsvorsitz, erste politische Aktivitäten, Unterstützung der Fraktion durch die Partei und umgekehrt) sowie über die personellen Konsequenzen aus dem Wahlergebnis (Vorstand).

Deshalb hat die BMV beschlossen, vor der **Wahl-BMV am 11.4.**, zu der ja schon gesondert und per Post eingeladen wurde, eine zusätzliche BMV durchzuführen, bei der insbesondere diese Fragen diskutiert werden sollen:

**Wir laden ein zu einer Bezirksmitgliederversammlung**

**am Mittwoch, den 26. März um 19 Uhr**

**im Gemeinschaftsraum des Drachenbau, Schmilinskystraße 6 a**

Bei dieser Versammlung kann natürlich auch das Wahlergebnis noch feiner analysiert werden, als das am 5.3. möglich war und in diesem Mittenmang möglich ist.

Bernhard Stietz-Leipnitz

**Redaktionsschluss** für die April-Ausgabe:  
**Freitag, 28. März 2008.**

Es gilt weiter: Schreibt massenhaft! Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden.

Die **Mailadressen** sind:

Tilman Rosenau [Tilman.Rosenau@tele2.de](mailto:Tilman.Rosenau@tele2.de)

Bernhard: [stietz-leipnitz@t-online.de](mailto:stietz-leipnitz@t-online.de)

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

## Inhalt

Wahlergebnisse und –einschätzung	S. 1-3
Gentrification St. Pauli	S. 4
Bundesdelegierte – Empfehlung	S. 4
Kopfgeldjäger	S. 5
Leiharbeit ist Sklaverei	S. 6
BUKO-Material	S. 6
Leserbrief/ Termine	S. 7
Kontakt/Spenden/ Anmerkung	S. 8
Dokument:	
Rede H. Ring zum Tamm-Museum	S. 9
Man of the Year	S. 10

## Zu den Ergebnissen der Wahlen in Mitte

**Bürgerschaft:** In beiden Wahlkreisen ist es uns gelungen, jeweils ein Direktmandat zu erringen, so dass nicht nur **Joachim Bischoff**, der ja auf Platz 2 der Landesliste stand, sondern auch **Elisabeth Baum** der Sprung in die Bürgerschaft gelungen ist. Da hat das neue Wahlrecht mit seinen Besonderheiten bei der Sitzzuweisung natürlich geholfen. Beiden einen herzlichen Glückwunsch! Mögen sie uns beide auch als rege Mitdiskutanten in den Mitgliederversammlungen erhalten bleiben.

Wir können stolz darauf sein, dass wir mit unserem Wahlkampf, insbesondere mit den flächendeckenden Verteilaktionen in die Hausbriefkästen, sehr viele Menschen auch dort erreicht haben, wo wir als aktive Parteilgruppen (noch) nicht vorkommen. Es ist aber auch festzustellen, dass die Befürchtung, mit einer Stimme für die Linke letztlich den Rechtssenat und den aalglatten Beust behalten zu müssen, offenbar doch bei einigen WählerInnen vorhanden war: Wie anders ist es zu erklären, dass das Bürgerschaftswahlergebnis im Bezirk für uns ca. 1,5 % unter dem Bezirksergebnis liegt? Und jetzt kommt schwarz-grün. Ob es das war, was die GrünwählerInnen in unseren Stadtteilen gewollt haben? Wohl eher nicht.

Empfehlung der Redaktion: Am Tage der Unterzeichnung des schwarz-grünen Koalitionsvertrags längere Öffnungszeiten am Kreuzweg, um die ausgetretenen GALier in Empfang zu nehmen und mit Eintrittsformularen zu versehen.

Dank gebührt den vielen, vielen GenossInnen und FreundInnen aus Hamburg und aus der näheren wie weiteren Umgebung, die am 26. Januar und am 16. Februar geholfen haben, uns den Menschen bekannt zu machen. Das war toll und hat jedenfalls meine Erwartungen weit übertroffen. Wir sind mobilisierungs- und kampagnenfähig!

**Bezirksversammlung:** Das gute Wahlergebnis von durchschnittlich über 10 Prozent (bei einer Streuung von 0,4 % in der Hafencity bis 21,2 % im kleinen Grasbrook; beides kleine Stadtteile mit relativ wenigen WählerInnen) führt dazu, dass wir eine sechsköpfige Bezirksfraktion haben werden: Im Wahlkreis 1 („Mitte“, von St. Pauli bis Horn) wurde **Sandra Clemens** (Hamm) über die Personenstimmen gewählt, **Renate Twardzik** (St. Georg) als erste Listenkandidatin. Im Wahlkreis 2

(Bilstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder) wurde **Renate Hercher-Reis** (Wilhelmsburg) als erste Listenkandidatin gewählt. Von der Bezirksliste kamen die ersten drei zum Zuge: **Marcus Donath** (Billstedt), **Christine Detamble-Voss** (St. Pauli) und **Ronald Wilken** (Wilhelmsburg).

Wir müssen eine gute und eine traurige Nachricht zur Kenntnis nehmen: **Renate Twardzik** ist nach fast dreimonatiger Krankheit aus der Reha zurück und wieder an Bord.

**Herzlich willkommen, wir haben Dich vermisst!**

Aber leider muss Renate sich noch einer weiteren OP unterziehen und sieht sich nicht in der Lage, ihr Mandat für die Bezirksversammlung anzunehmen. Sie hat dies der BMV am 5.3. mitgeteilt.

Wahrscheinlich wird für Renate Bernhard Stietz-Leipnitz (St. Georg, Platz 2 der Wahlkreisliste im WK 1) nachrücken.

Insgesamt ist im Bezirk ein „Linksruck“ insofern zu verzeichnen, als die SPD wieder stärkste Partei geworden ist, trotz unserer Erfolge. Und die ganz rechten bis neofaschistischen Kräfte (DVU, Kusch, Zentrum) blieben eine Randerscheinung. Herr Dr. Frey wird dieses Mal keine Wahlkampfkosten erstattet bekommen. Das ist aber kein Grund, uns jetzt behaglich zurückzulehnen: Wir müssen davon ausgehen, dass auch nicht wenige unserer jetzigen WählerInnen schon mal aus Protest rechtsaußen gewählt haben und diesmal ihre Hoffnung halt auf uns als neue Kraft gesetzt haben. Diese Menschen gilt es mit einer offensiven Politik für die „Verlierer der Globalisierung“ und vor allem durch Aufklärung gegen rechts an uns und die gesellschaftlichen Alternativen zu binden.

Vor allem aber ist es uns nicht gelungen, die bekennenden NichtwählerInnen (sehr viele davon haben wir am Infostand beim Real-Markt am Berliner Tor getroffen) davon zu überzeugen, dass wir diejenigen sind, für die sich der Gang zur Urne wieder lohnt. Da gibt es in den kommenden Jahren noch verdammt viel zu tun. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, wenn vier von 10 Wahlberechtigten einfach zu Hause bleiben. Und immer weniger davon aus Gleichgültigkeit, sondern weil sie davon überzeugt sind, dass sich sowieso nichts ändert.

Bernhard Stietz-Leipnitz

## Einschätzung der Wahlergebnisse

Beim Volksentscheid vom Oktober stimmten 365.133 Wahlberechtigte für verbindliche Volksentscheide. Bei der jetzigen Bürgerschaftswahl stimmten aber nur 331.067 für die CDU. Der Volksentscheid scheiterte, Ole v. Beust aber bleibt nach aller Wahrscheinlichkeit Bürgermeister.

Wichtig bei der Beurteilung des Wahlergebnisses sind die realen Zahlen; also diejenigen Menschen, die uns tatsächlich gewählt haben - 10.000 weniger als bei der Bundestagswahl.

Interessant ist, dass mit Mitte und Altona die beiden Bezirke bei der Prozentzahl vorne liegen, die eigene Wahlkampfbroschüren erstellt und verteilt haben. Hier sind auch die einzigen Direktmandate für die Bürgerschaft durchgekommen: Norbert Hackbusch in Altona und Joachim Bischoff und Elisabeth Baum in Mitte; wobei Elisabeth nicht auf der Landesliste abgesichert war und es damit ungleich schwerer hatte.

Der Bezirk Mitte ist der einzige wo DIE LINKE ein zweistelliges Ergebnis eingefahren hat.

Im **Bezirk Mitte** erreicht die SPD 21 (37,2 Prozent) der insgesamt 51 Sitze. Die CDU kommt auf 17 (31,7 Prozent), die GAL auf sieben (13,1 Prozent), Die Linke kommt auf sechs Mandate, mit einem Stimmenanteil von 10,2 Prozent. Die rot-grüne Mehrheit ist damit dennoch weiter gesichert. Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD) dürfte sich über die hohen Verluste der CDU (minus 7,8 Punkte) freuen - die Christdemokraten hatten angekündigt, Amtsleiter Schreiber im Falle eines Wahlsieges abzuwählen.

Das deutlich bessere Ergebnis in den Bezirksversammlungen ist auffällig in allen Bezirken. Ein Grund könnte sein, dass die Menschen diesen Vertreterorganen des Staates weniger Bedeutung beimessen, oder im Gegenteil sich durch den Bekanntheitsgrad von „Nachbarschaftskandidaten“ besser verstanden glauben. Wahrscheinlich ist aber ein profaner Grund ausschlaggebend: Bei den Landeslisten stand DIE LINKE nicht auf der ersten Seite, bei den Bezirkslisten schon. Damit war sie hier sofort sichtbar; man musste nicht lange blättern...

### Geringe Beteiligung, gerade in Mitte

Erschreckend ist die Wahlbeteiligung u. a. in Billstedt, wo kaum mehr als 38 % der Wahlbe-

rechtigten ihre Kreuze gemacht haben. Hier politische Arbeit erfolgreich durchzuführen kann sicher nicht der Fraktion allein überlassen sein – Bürgersprechstunden und ähnliches werden hier keine Abhilfe schaffen. Da kann nur die ganze Partei mit einem schlüssigen Konzept positive Veränderungen herbeiführen.

Angesichts der schlechten Wahlbeteiligung muss auch die Frage erlaubt sein, ob das neue – und kompliziertere – Wahlsystem Menschen, vor allem ältere und solche mit Migrationshintergrund, abgeschreckt hat?

### Auszählung ungenau und verzögert

Bis Mittwoch, den 5.3. gab es kein offizielles Endergebnis. Die gewählten Abgeordneten standen so lange nicht fest. Wurden die Auszählung oder Bekanntgabe der Wahlkreisergebnisse absichtlich verzögert? Diesen Verdacht äußerten jedenfalls mehrere Anrufer beim Hamburger Landesverband von Mehr Demokratie e.V., nachdem die ersten Wahlkreisergebnisse bereits am Montag (25.3.!) um 11 Uhr vormittags im Internet standen, danach aber aus dem Landeswahlamt keine weiteren Informationen mehr zu bekommen waren. Grund waren Unregelmäßigkeiten und Ungeheimheiten beim Landeswahlamt. Erst sollten die Ergebnisse am Freitag verkündet werden, dann gab es sie doch am Mittwochabend. Die Bezirksversammlungsergebnisse mussten bis Freitag warten; obwohl diese doch angeblich der Grund dafür waren, dass die Bürgerschaftsergebnisse noch nicht vorlagen. Alles sehr dubios!

Verschiedentlich berichteten Wahlhelfer auch, sie seien nach zweieinhalb Stunden schon mit dem Auszählen der Wahlkreisstimmen fertig gewesen, andere erzählten von gemühtlichen, stressfreien Stunden beim Auszählen. Stichproben bestätigten diesen Eindruck. Mehr-Demokratie-Sprecher Dr. Manfred Brandt: „Sorgfalt und Gründlichkeit beim Auszählen müssen sein, aber das reicht nicht als Erklärung, warum die vorläufigen Endergebnisse aus den Wahlkreisen so lange auf sich warten lassen.“

Manfred Brandt vermutet, dass CDU-Kreise die angebliche Kompliziertheit des neuen Wahlrechts dazu benutzen wollen, um möglichst schnell zum früheren Ein-Stimmen-Wahlrecht zurückzukehren.

Tilman Rosenau

## Stadtteilentwicklung/Gentrification auf St. Pauli – für wen ?

Genau dies fragte sich die BO St. Pauli auf ihrer Veranstaltung am 13.02. im „Haus der Familie“. Hierzu wurde von BO Sicht her ein sehr kompetentes Podium eingeladen.

Die Moderation für die kurzfristig erkrankte Heike Sudmann übernahm unser Genosse Norbert Hackbusch. Neben unserer Kandidatin für die Bezirksversammlung Christine Detamble-Voss, unterstützten uns Prof. Michael Rotschuh, Dozent für Gemeinwesenarbeit und Sozialpolitik, außerdem waren dabei Marc Meyer in seiner Funktion als Anwalt für Mietrecht und der Soziologe Michael Hartwig.

Die Veranstaltung wurde durch eine sehr nette Begrüßung im kölschen Dialekt von unserem Genossen Markus Schneider-Johnen eröffnet. Zu unserer Freude konnten wir fast 60 Interessierte aus dem Stadtteil begrüßen.

Norbert Hackbusch bekam in seiner Doppelfunktion als Moderator und Kandidat für die Bürgerschaft als erster das Wort. Er zog spannende Parallelen zwischen Hamburg und Berlin. Danach erklärte Prof. Rotschuh, den Begriff der Gentrification mit historischem Hintergrund. Leider konnte er seine Präsentation nicht über den Beamer an die Leinwand werfen, da kurz vor Beginn der Beamer ausfiel. Trotz dessen konnte Hr. Prof. Rotschuh mit einem sehr interessanten Vortrag aufwarten.

Dieser wurde durch spannende Beiträge von Michael Hartwig und Marc Meyer ergänzt. Letzterer machte zwei wichtige Bemerkungen. Nämlich erstens das es wenig Möglichkeiten gibt, sich als Mieter gegen die Gentrifizierung zur Wehr zu setzen. Aber auch dass man die Möglichkeiten, die man hat, ausnutzen muss und dies muss von einem selbst kommen. Er hat folgendes Beispiel genannt: Wer zur ARGE

geht und denkt, er werde dort über seine Rechte belehrt, der ist schon nicht mehr naiv, sondern der hat irgendwie nicht kapiert, wie das System funktioniert. Zweitens gab er zu bedenken, dass der Kapitalismus noch lange nicht am Ende ist, die Löhne werden immer weiter gedrückt, bei steigender Arbeitszeit und gekürzten Sozialleistungen.

Ich sage: Der Fehler liegt nicht im System, sondern das System ist der Fehler. In diesem Sinne - !!! VIVA LA REVOLUCION !!!

Und dann hat unsere Genossin Christine Detamble-Voss den Anwesenden erklärt, welche Aufgabe die Fraktion der Linken auf Bezirksebene sowie auch auf Landesebene ihrer Meinung nach hat. Nämlich ein Sprachrohr nach draußen zu sein. Den Menschen - auch unseren geschätzten CDU-Wählern - aufzuzeigen, was für eine asoziale Privatisierungspolitik die Beust-Regierung betreibt. Natürlich auch um die Parlamente auf Bezirks-, wie auch auf Landesebene mit Anträgen auf Trab zu halten.

Danach wurde eine spannende Diskussion von unserem Genossen Carlo aus dem Sonnenland eröffnet. Diese ging bis ca. 21:30. Wir danken allen Beteiligten, dem „Haus der Familie“ dem hochkompetenten Podium. Besonderer Dank gilt unserem Genossen Holger Knorr, der den Raum organisiert hat, Markus Schneider-Johnen für seine herzliche Begrüßung, Verena Brachvogel für die Organisation der Getränke, Beate Rau und Enno Drewes für die Propaganda. Und natürlich der Gesamten „autonomen BO St. Pauli“ für die inhaltliche Ausarbeitung sowie den Diskussionsbeteiligten. Falls ich jemanden vergessen habe, tut es mir nicht wirklich leid.

Enno Drewes

---

## Bundesdelegiertenwahl

Für den Bundesparteitag am 24./25.05.2008 in Cottbus sind durch die Bezirksmitgliederversammlung Mitte zwei Delegierte zu wählen. Diese **Wahl** findet am **11.04.2008** im Bürgerhaus Wilhelmsburg statt.

Der Bezirksvorstand hat auf seiner Sitzung am 25.02. dazu folgende Empfehlung beschlossen. Wir empfehlen den Mitgliedern der Bezirksorganisation Mitte der Partei DIE LINKE. Hamburg die beiden Delegiertenmandate quotiert zu wählen, d. h. einen Mann und eine Frau. Des Weiteren empfehlen wir darauf zu achten, dass je ein Delegierter aus den beiden Quellorganisationen WASG und Linkspartei.PDS kommt. Als dritte Empfehlung sehen wir es als wichtig an, darauf zu achten, dass die Bezirksorganisation auch inhaltlich breit vertreten ist; d.h., dass die Delegierten aus unterschiedlichen Politikfeldern kommen sollten und möglichst viele Mitglieder der Bezirksorganisation thematisch vertreten.

Für den Vorstand: Tilman Rosenau

## Die Kopfgeldjäger

**Arbeitslosengeld-II-Empfänger können jetzt noch schneller in prekäre Arbeitsverhältnisse vermittelt werden. Zu diesem Zweck kooperieren die Hamburger Arbeitsgemeinschaften seit neuestem mit privaten Arbeitsvermittlern, die, dank ihrer guten Kontakte zum Arbeitsmarkt, ihre Kunden unter Marktniveau an Auftraggeber verkaufen. Für ein attraktives "Kopfgeld".**

Ein grauer Februumorgen in Hamburg, neun Uhr. Im Berufsinformationszentrum (BIZ) Raum 1.21.c. sind zehn Stuhlreihen aufgestellt. Hier sitzen 15 Männer und Frauen zwischen Mitte 20 und Mitte 50. Sie alle sind Arbeitslosengeld-II-Bezieher und auf Einladung ihres Arbeitsvermittlers zu diesem Infoterminal erschienen. Von einer nahe gelegenen Schule ertönt ein Pausengong. Zeit, auch mit dieser Veranstaltung zu beginnen. Einige Nachzügler kommen hastig durch die Tür, geben vorne ihre Einladung ab, lassen ihre Namen auf der Anwesenheitsliste abhaken. Eine Mittzwanzigerin, den Pony mit einem Haarreif nach hinten gelegt, und ihr Kollege mit Brille und Anzug stellen sich vor: Meike Paulsen und Andreas Möller\* von der Mikropartner GmbH, einer privaten Arbeitsvermittlung. Sie haben den Auftrag, die Anwesenden zügig in Arbeit zu bringen. Andreas Möller: "Das ist eine neuartige Maßnahme, eine neue Art von Betreuung, so was gab es vorher noch nicht."

Die Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) in Hamburg machen seit neuestem von ihrem Recht Gebrauch, die Vermittlung ihrer "Kunden" an private Arbeitsvermittler zu delegieren. "Wir Arbeitsvermittler sind einfach überlastet, weil auf jeden von uns 400 bis 600 Kunden kommen", so Richard Andresen, der anwesende Vertreter der ARGE. Sämtliche Daten der Arbeitssuchenden und deren komplette Betreuung werden somit an Dritte übertragen, im Falle der ARGE Hamburg-Mitte an die Mikropartner GmbH. Für jede erfolgreiche Vermittlung fließen Gelder an die Privatfirma, Steuergelder versteht sich, wie viel bleibt geheim.

"Hallo, hier ist die Linke." Ein Mann um die 50 betritt den Raum mit roten Broschüren in der Hand. Dem ersten in der Reihe überreicht er gleich eine davon. Richard Andresen kommt sofort auf den Mann zu: "Sie dürfen hier keine Wahlwerbung machen, machen Sie das bitte auf der Straße." Grinsen im Publikum. Der Linke steigt gleich in die Diskussion ein: "Zu welchem Dachverband gehören Sie? Unterstützen Sie den Mindestlohn?", fragt er Meike Paulsen. Mit ruhiger Stimme antwortet sie: "Wir sind keine Zeitar-

beitsfirma. Wir vermitteln höchstens an Zeitarbeitsfirmen. Ob die den Mindestlohn zahlen, liegt in deren Ermessen." Ein anderer fragt: "Üben Sie Druck aus?" Andreas Möller erklärt, dass der Kunde einen Auftrag ablehnen dürfe, er könne doch zu nichts gezwungen werden. Wenn der Kunde eine vorgeschlagene Arbeit ablehne, würde der Vermittler die ARGE jedoch davon in Kenntnis setzen. "Aber es geht um Sie und darum, aus der Leistung in eine Arbeit zu kommen, die ihnen Spaß macht, na ja von Spaß kann heut zu Tage wohl nicht die Rede sein, aber eine Arbeit, die Sie weitestgehend zufrieden stellt."

Für das Privatunternehmen Mikropartner dürfte es vor allem darum gehen, Gewinne zu erwirtschaften, durch Gelder, die für jede "erfolgreiche" Vermittlung fließen, wie auch immer die aussehen mag. Es geht auch um Unternehmer, die ihre Personalkosten senken wollen, wie Mikropartner auf der Firmenhomepage schreibt: "Als Unternehmer überlegen Sie, wie Ihre Personalkosten zu senken, Ihre Personalressourcen zu flexibilisieren und Ihre Geschäftsprozesse zu optimieren sind? Wir erarbeiten Ihr individuelles Personal- und Organisationskonzept auch im Verbund mit **öffentlichen Mitteln.**" Dass Mikropartner dabei auch auf Zeitarbeit zurückgreift, verhehlt sie nicht: "An einigen Standorten betreiben wir im Auftrag der Arbeitsverwaltungen Projekte zur **sozialen** Zeitarbeit. Hierbei stellen wir von uns ausgewählte arbeitssuchende Frauen und Männer befristet sozialversicherungspflichtig an. (...) Für die produktiven Zeiten im Betrieb zahlt dieser an MIKRO PARTNER einen individuell und **unter Marktniveau liegenden Stundenlohn. Für die Differenz zum Lohn des Mitarbeiters bezieht MIKRO PARTNER öffentliche Zuschüsse von der Arbeitsverwaltung.** (Hervorhebungen SC)

Mittlerweile ist es 9.30 Uhr. Die Vertreter von Mikropartner beenden die Veranstaltung. Was gesagt werden musste, ist gesagt, die Fronten sind geklärt. Nun sollen die Anwesenden ihre Einverständniserklärung unterschreiben und einen Termin zum Erstgespräch vereinbaren. Zögern im Raum. Einige Frauen und Männer gehen nach vorne zum Tisch und sprechen einen Termin ab. Einige weigern sich jedoch. Sie gehen der Mikropartner nicht ins Netz. Draußen empfängt sie die graue Kälte. Ein Mann mittleren Alters sagt in gebrochenem Deutsch: "Was soll ich mit 1100 € brutto, meine Wohnung kostet schon 1000 Euro und ich habe drei Kinder."

*Sandra Clemens*

\* Die Namen sind von der Autorin geändert

## Gregor Gysi: „Leiharbeit ist moderne Sklaverei.“

**Die Leiharbeit boomt – die Demokratie nicht.**

**Eindrücke aus der gewerkschaftspolitischen Konferenz**

Am 9.2. trafen sich an die 200 Gewerkschafter/innen und Interessierte in Wilhelmsburg zur gewerkschaftspolitischen Konferenz, um über Lohndumping, Leiharbeit und Mitbestimmung in Betrieben zu beraten. Knapp zwei Wochen vor der Bürgerschaftswahl galt es, im Bündnis mit den Gewerkschaften Strategien gegen die alltäglich spürbaren Auswüchse neoliberaler CDU-Politik zu entwickeln. Dabei bekannten die Gewerkschafter Farbe und verfassten den Aufruf „Für ein sozial gerechtes Hamburg, darum die LINKE wählen“.

Unterstützung bekamen die Kollegen von Gregor Gysi, der die Folgen der „Arbeitsmarktformen“ unter Schröder klar herausstellte. Gysi stellte dem Exkanzler und seiner Nachfolgerin Merkel ein Armutszeugnis aus: „Wir stehen jetzt auf Platz elf der alten EU-Länder, was die Einkommensverhältnisse betrifft. 2,6 Millionen Kinder leben in Armut. 7,4 Millionen Menschen müssen von Hartz IV existieren. 6,5 Millionen Menschen haben Teilzeitverträge.“ Dabei sei es wichtig zu erkennen, wie sich die „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes auf die Demokratie auswirke. Gerade durch Teilzeitbeschäftigte, befristet Beschäftigte und Leiharbeiter/innen werde die Kampfkraft der Gewerkschaften enorm geschwächt. „Von denen kann man kaum eine Protesthaltung erwarten. Diese Klientel ist selten in Gewerkschaften organisiert“, so Gysi.

Elisabeth Baum, inzwischen Bürgerschaftsabgeordnete aus dem Wahlkreis 2 und Betriebsrätin, berichtete über die Streiks im Einzelhandel. Sie bedauerte, dass die Geschäftsführungen während der Streiks häufig Leiharbeiter/innen in die Läden bestellten, um die Streiks auszubremsen. Leiharbeiter/innen hätten das Recht, den Einsatz in einem Streikbetrieb zu

verweigern. Elisabeth Baum: „Auch in unserem Laden sollten Zeitarbeitskräfte eingesetzt werden. Eine Leiharbeiterin weigerte sich jedoch, als Streikbrecherin zu fungieren und lehnte den Einsatz ab. Daraufhin erhielt sie prompt die Kündigung.“

Am Nachmittag fand neben zwei weiteren Foren eines zum Thema Leiharbeit statt. Hier tauschten die Teilnehmer/innen ihre Erfahrungen mit der Leiharbeit aus. Sie einigten sich schnell darauf, dass nur ein flächendeckender Mindestlohn den Dumpinglöhnen gerade in der Zeitarbeit Einhalt gebieten könne. Außerdem müssten die Betriebsräte für die Lage der Leiharbeiter sensibilisiert werden. „Ich fühlte mich immer als Kollegin zweiter Klasse“, bemängelte eine Teilnehmerin. Außerdem fehle eine ressortübergreifende Strategie in den Gewerkschaften. Das Hauptproblem sei jedoch der mangelnde Organisationsgrad der Leiharbeiter/innen. Wenn der Einzelne immer nur kurzfristig an einem Arbeitsplatz eingesetzt ist, sei es schwierig Kontakte zu knüpfen und sich zu vernetzen. Eine weitere Teilnehmerin fragte: „Wenn es für Zeitarbeiter/innen keinen Kündigungsschutz gibt, wie sollen sie dann Rechte einfordern?“

Hartz I, II, III, IV, ein Schelm, wer Böses dabei denkt: Rechtlose, unorganisierte, flexible Arbeitnehmer – Clements Vorstellung einer demokratischen Gesellschaft?

Sandra Clemens

Seit dem 2. Juli 2007 existiert der Arbeitskreis für Menschen in Zeitarbeit in Hamburg, kurz AK MiZ. Er trifft sich regelmäßig am 1. Montag im Monat um 17 Uhr im Hamburger Gewerkschaftshaus.

---

Ein bisschen Reklame für ein wichtiges Thema:

**Reader zum BUKO\*-Seminar "Herrschende Naturverhältnisse..." online:**

Vom 8. bis zum 10. Februar 2008 fand im Wendland das BUKO-Seminar "Herrschende Naturverhältnisse und emanzipatorische Alternativen" statt.

Knapp 40 TeilnehmerInnen haben dort intensiv über die Frage "Wie grün sollen Linke sein?" diskutiert und die Debatte wird Pfingsten auf dem BUKO-Kongress in Dortmund weiter gehen.

Der umfangreiche Seminar-Reader steht nun auch als PDF-Download zur Verfügung:

[www.buko.info/dokumentation/pdfs/reader\\_naturverhaeltnis.pdf](http://www.buko.info/dokumentation/pdfs/reader_naturverhaeltnis.pdf)

\* Buko = Bundeskoordination Internationalismus

## Leserbrief

Liebe Redaktionöre,

an eurer letzten Ausgabe habe ich einiges Auffälliges zu bemängeln, was mir diesmal wohl nur mehr als sonst auffiel, aber auch sonst von Zeit zu Zeit schon aufstieß und m.E. nichts mit der Umsetzung des Beschlusses zur Arbeit mit und am Mittenmang vom letzten Juni zu tun hat.

1. Das Bild auf S.2 unten ist zu klein und zeigt m.E. auch nicht genug von den abzubildenden Personen. Vielleicht gab es nichts Besseres vom Abend, aber auf gute Bilder sollte Wert gelegt werden. Nicht jedes Mitglied kennt unsere "Aktivisten".

2. Zum Text "Stadtentwicklung in Mitte" fällt auf, das zu Beginn und am Ende auf die Möglichkeit hingewiesen wird, den Text vollständig an anderer Stelle lesen zu können. Einmal der Hinweis genügt.

3. Briefe, wie auf S. 5, sollten nicht abgedruckt werden. Auch wenn ihr meint, Umänderungen eines solchen zu einem Artikel wären nach dem Beschluss vom 30.6.07 nicht statthaft, denke ich, eure Aufgabe wäre- nach Rücksprache mit dem Briefschreiber, der ja wohl wg. Abdruck im Mittenmang verfasst hat- ge-

wesen, daraus einen Artikel zu machen. Ansonsten bliebe m.E. ein Leserbrief.

4. Der lange Artikel ab S.7 ist m.E. als Chronik löblich, ist aber ohne Einleitung und Begründung für mich nicht sinnvoll im Mittenmang platziert. Selbiges ist kein Aktivisten-Mitteilungsblatt, sondern sollte von allen Mitgliedern und dem einen oder der anderen Interessierten auch begreifbar sein, dazu bedarf es manchmal auch Erklärungen.

5. Ganz ärgerlich finde ich den m.E. schlampigen dokumentarischen Abdruck eines Antrages an einen LPT aus der Vergangenheit. Dieser LPT hatte zum Zeitpunkt des Erscheinens des Mittenmang schon längere Zeit stattgefunden und ich hätte dann ,wenn ihr meint, der LPT habe für Mitte wichtige Beschlüsse gefasst, die uns Mitgliedern nahe gebracht werden sollten, aus dem Protokoll des LPT, was zu dem Zeitpunkt vorlag, im beschlossenen Wortlaut abgedruckt werden sollen, von mir aus auch mit der Begründung, die ja nie mit abgestimmt wird . Ich weiß nicht, ob der Beschlussvorschlag, den ihr abgedruckt habt, noch auf dem LPT verändert wurde, deshalb meine Bitte: In Zukunft wenn es Beschlüsse gab, diese, keine Anträge abdrucken.

Mit sozialistischem Gruß eines treuen Lesers,  
Volker Honold aus der Stadtteilgruppe St. Georg

## Termine in Mitte

---

### Mittwoch, 12.3., 17:00 Uhr:

Bezirksvorstandssitzung (parteiöffentlich)  
Landesgeschäftsstelle, Kreuzweg 7

---

### Mittwoch, 19.3., 19:30 Uhr:

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg,  
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

---

### Mittwoch, 26.3., 19:00 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung, Thema:  
Bezirksfraktion und Partei ... (siehe S. 1)

---

### Freitag, 28.3., 17:00 Uhr:

Bezirksvorstandssitzung (parteiöffentlich)  
Landesgeschäftsstelle, Kreuzweg 7

*Voraussichtlich:*

### Mittwoch, 2. April, Uhrzeit ?? Ort ??

Konstituierung der Bezirksversammlung Mitte

---

### Freitag, 04.04., 18:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe Hamburgs Osten,  
Gaststätte "Für'n Appel und 'n Ei", Möllner  
Landstraße 27

---

### Freitag, 11. April, 17 Uhr:

**Bezirksmitgliederversammlung mit Wahlen**  
(schriftliche Einladung per Post ist bereits erfolgt):

- Wahl des Vorstands
- Wahl der Delegierten zum Landesparteitag
- Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag

**(Bewerbungen um Mandate können selbstverständlich auch über das Mittenmang veröffentlicht werden. Redaktionsschluss Freitag, 28.3.)**

---

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei:

[www.die-linke-hh.de](http://www.die-linke-hh.de)

## Kontakt:

### Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte:

Bezirksvorstand:	Festnetz	Handy	Mail
Verena Brachvogel	040 4397701		Verena.Brachvogel@gmx.de
Marcus Donath	040 4318 2165	0177 5067235	madon@gmx.de
Tilman Rosenau (Mittenmang)	040 7134921		Tilman.Rosenau@tele2.de
Renate Twardzik	040 24 38 08		R.Twardzik@web.de
Ronald Wilken	040 7545585	0178 272 24 34	RonaldC@gmx.de
Christine Wolfram (Schatzmeisterin)	040 7545585		christinewolfram@alice-dsl.de
<i>nachrichtlich:</i>			
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040-245740		stietz-leipnitz@t-online.de

**Übrigens: Christine nimmt immer noch gerne Spenden entgegen!**

### Unser Konto:

**DIE LINKE. Bezirksverband Hamburg-Mitte**  
**Postbank Hamburg**  
**Kontonummer: 852 539 206**  
**Bankleitzahl: 200 100 20**

**Parteispenden können bis zu einem Betrag von 1650/3300 € (Ledige/Verheiratete) nach § 34 g EStG abgesetzt werden.**

### Und eine Anmerkung in eigener Sache:

Es tut mir Leid, dass dieses Mittenmang erst mit fast einer Woche Verspätung fertig geworden ist. Anders als erwartet war ich zeitlich sehr eingespannt und konnte erst jetzt am Wochenende meine Lieblingsarbeit machen.

Leider konnte deshalb die Einladung zum Klönschnack am 8. März von unserer Frauenorganisation Lisa nicht mehr rechtzeitig erscheinen.

Umso mehr freut es mich, dass diesmal mehr SchreiberInnen als sonst tätig waren. Wäre schön, wenn es so weiterginge.

**Bernhard Stietz-Leipnitz**

Dokumentiert, weil uns das Thema auch in den nächsten Wochen bewegen wird:

## Kritische Kultur und Friedenspädagogik statt Tamm-Museum

Rede anlässlich der Demonstration für „Gebührenfreie Bildung und eine erfreuliche Zukunft für alle. Solidarität statt soziale Auslese“ am 21.02.2008

Von Hartmut Ring (GEW und AG Friedensstadt Hamburg)

Wir demonstrieren hier für ein besseres Bildungssystem. Bildung findet ja nicht nur in der Schule oder Hochschule statt. Bildung geschieht auch im öffentlichen bzw. öffentlich zugänglichen Raum. Zum Beispiel im Museum. Wir wollen aber nicht nur einen kostenlosen Zugang für alle. Wir wollen auch, dass Hamburgs Museen ihren Beitrag zu einer demokratischen Bildung leisten. Dazu gehört die kritische Auseinandersetzung mit Vergangenen.

Was zählt nun dazu?

1. Die Ausstellungen und die Ausstellungskonzeption soll den BesucherInnen Zusammenhänge und Hintergründe der handelnden Gruppen und Personen mit ihrer Zeit, ihre Motive sichtbar werden lassen.
2. Sie sollen zur aktiven Auseinandersetzung, zu Kritik und Widerspruch herausfordern.
3. Eine Ausstellung oder die Konzeption einer Ausstellung soll nicht teilnahmslos, scheinbar wertneutral sein, sondern sich den demokratischen Prinzipien und ihren Wertvorstellungen verpflichtet fühlen.

Was unserer Meinung nach nicht dazu gehört:

1. Kriege oder Kolonialismus zu verherrlichen, als Abenteuer zu verharmlosen oder gar als positiven Faktor der Menschheitsgeschichte zu verstehen,
2. Verbrechen gegen die Menschheit oder die Menschlichkeit zu verharmlosen oder zu relativieren,
3. falsches Heldentum zu propagieren,
4. direkt oder indirekt Propaganda für Rüstung und Militär zu betreiben.

Das im Frühjahr eröffende Tamm-Museum lässt uns aber befürchten, dass genau *das* sich dort zeigen könnte. Woher rühren unsere Befürchtungen?

Sie kommen aus den Antworten auf folgende Fragen: (Hartmut Ring, Informationskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg)

\* Warum hat die Hamburgische Bürgerschaft (einschließlich der GAL, die sich bei der Abstimmung enthielt, aber inhaltlich keine Bedenken hatte) zugestimmt, dass ein Privatsammler eine Summe von 30 Millionen

Euro erhält, um sich für seine Sammlung ein Museum herzurichten?

\* Warum hat die Bürgerschaft auf jegliches Mitsprache- und Gestaltungsrecht verzichtet?

\* Haben die Verantwortlichen grenzenloses Vertrauen in die Person Peter Tamm, weil er als ehemaliger Chef des Springerkonzerns gegen aufmüpfige Studenten hetzte?

\* Oder haben sie das Vertrauen daher, dass er ein ausgewiesener Militär und Waffenfan ist?

\* Oder fanden sie das toll, dass er mit den Publikationen seiner Verlage u.a. Propaganda- und Verherrlichungsliteratur von Alt- und Neonazis verlegte und verlegt?

\* Vielleicht fanden sie es aber ganz besonders vertrauenswürdig, dass Herr Tamm Rüstungspropagandist ist,

\* oder in seiner Sammlung in der Elbchaussee Krieg verherrlicht und als Abenteuer verharmlost wird?

\* Vielleicht haben die Damen und Herren der Bürgerschaft auch einfach den Lobreden der Hamburger Pfeffersäcke und ihres politischen Repräsentanten des Bürgermeisters Ole von Beust (*Carl-Friedrich Arp Ole Freiherr von Beust*), geglaubt und den Hofjournalisten des Hauses Springer, die kaum eine Gelegenheit auslassen, Herrn Tamm über den grünen Klee zu loben und ihn mit Ehren zu überhäufen?

Wie dem auch sei. Wir können nicht glauben, dass aus einem ausgewiesenen Rechten plötzlich ein Schalmeienspieler der Demokratie werden soll. Einer, der lieber einen Staat haben will, der wie ein Schiffskommando funktioniert, wie Herr Tamm immer wieder ungefragt zum besten gibt. Und der dafür freundlichen und zustimmenden Beifall der oben genannten EdeldemokratInnen bekommt.

Wir fordern stattdessen eine öffentliche Einmischung in Inhalt und Konzeption des Museums unter Beteiligung demokratischer Kulturschaffender. Vielleicht gäbe es im Weigerungsfalle von Herr Tamm auch die Möglichkeit, ihm das Spielzeug wieder zu entziehen, weil er den Vertrag, den seine Stiftung mit der Stadt Hamburg abgeschlossen hat, nicht einhielt?

Und noch ein kleiner nachträglicher Beitrag zum 8. März:

## **Man of the year 2008 Awards**

**3<sup>rd</sup> Place goes to:**



**2<sup>nd</sup> Place goes to:**



**and the award the man of the year 2008 goes to:**

